

## **Verordnung über den landwirtschaftlichen Pflanzenschutz**

Vom 2. Juni 1975 (Stand 1. September 2005)

---

*Der Regierungsrat des Kantons Aargau,*

gestützt auf Art. 1 der Verordnung des Bundesrates über Pflanzenschutz (Pflanzenschutzverordnung, PSV) vom 5. März 1962 <sup>1)</sup>,

*beschliesst:*

### **§ 1**

<sup>1</sup> Zum Schutz der landwirtschaftlichen Kulturen und der Umwelt wird eine Zentralstelle für landwirtschaftlichen Pflanzenschutz errichtet.

<sup>2</sup> Die Zentralstelle ist als kantonale Fachstelle der Abteilung Landwirtschaft unterstellt.

### **§ 2**

<sup>1</sup> Der Zentralstelle obliegen:

- a) Organisation des Pflanzenschutzdienstes,
- b) Überwachung des Gesundheitszustandes der landwirtschaftlichen Kulturen, der Massnahmen zur Bekämpfung von Krankheiten, Schädlingen und Unkräutern sowie der Schutzvorkehren,
- c) Förderung von Anbaumethoden, die in wirtschaftlich vertretbarem Rahmen der Lebensmittelhygiene und der Erhaltung der Fruchtbarkeit des Bodens dienen und die Umwelt schonen,
- d) Ausbildung und Beratung von Produzenten,
- e) Erteilung der Bewilligung für gewerbsmässige Schädlingsbekämpfung,
- f) Aufbau einer Dokumentations- und Informationsstelle für Produzenten und Konsumenten.

---

<sup>1)</sup> SR [916.20](#)

## § 3

<sup>1</sup> Die Zentralstelle wird bei der Durchführung ihrer Aufgaben durch die Zentralstellen für Ackerbau, Obstbau, Weinbau, Gemüsebau, Milchwirtschaft und Maschinenberatung sowie durch die landwirtschaftlichen Schulen und die Landwirtschaftskommissionen der Gemeinden unterstützt.

<sup>2</sup> In Fragen von gemeinsamem Interesse arbeiten die Zentralstelle und die Amtsstellen, die sich mit Natur- und Landschaftsschutz, Lebensmittelkontrolle und Gewässerschutz befassen, zusammen.

## § 4

<sup>1</sup> Der Regierungsrat kann Massnahmen gegen besonders gefährliche Krankheiten und Schädlinge für das ganze Kantonsgebiet oder einzelne Regionen obligatorisch erklären.

## § 5

<sup>1</sup> Die Zentralstelle kann zur wirksamen Bekämpfung und zur Verhinderung und Verbreitung gefährlicher Krankheiten und Schädlinge die Vernichtung der Befallsherde anordnen.

## § 6

<sup>1</sup> Das Departement Finanzen und Ressourcen ist für die Anordnung der Beschlagnahme im Sinne von Art. 35 der eidgenössischen Pflanzenschutzverordnung zuständig.<sup>1)</sup>

<sup>2</sup> In dringenden Fällen kann die Beschlagnahme unter sofortiger Anzeige an die Abteilung Landwirtschaft durch die Zentralstelle verfügt werden.

## § 7 <sup>2)</sup>

<sup>1</sup> Über Abfindungsbegehren im Sinne von Art. 32 der eidgenössischen Pflanzenschutzverordnung entscheidet das Departement Finanzen und Ressourcen.

## § 8

<sup>1</sup> Lehrer an landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen, Betriebsberater sowie weitere Funktionäre, an deren Besoldung der Staat direkt oder indirekt Beiträge leistet, können zu Instruktions- und Weiterbildungskursen aufgeboden werden.

<sup>2</sup> Entsprechendes gilt für Personen und Firmen, welche die Schädlingsbekämpfung gewerbsmässig durchführen.

---

<sup>1)</sup> Fassung gemäss Ziff. 114 der Verordnung 1 über die Umsetzung der Regierungsreform vom 10. August 2005, in Kraft seit 1. September 2005 (AGS 2005 S. 453).

<sup>2)</sup> Fassung gemäss Ziff. 114 der Verordnung 1 über die Umsetzung der Regierungsreform vom 10. August 2005, in Kraft seit 1. September 2005 (AGS 2005 S. 453).

**§ 9**

<sup>1</sup> Diese Verordnung tritt acht Tage nach der Veröffentlichung in der Gesetzessammlung in Kraft.

<sup>2</sup> Durch diese Verordnung sind aufgehoben:

- a) Vollziehungsverordnung vom 4. Januar 1907 zum Gesetz über die Bekämpfung der Reblaus <sup>1)</sup>,
- b) Regierungsbeschluss über die Bekämpfung des falschen Mehлтаues vom 13. Mai 1890 <sup>2)</sup>,
- c) Regulativ über die Abschätzung des durch die Reblauskrankheit verursachten Schadens vom 4. Januar 1907 <sup>3)</sup>,
- d) Verordnung über die Bekämpfung der Obstbaumschädlinge vom 21. Februar 1908, <sup>4)</sup>,
- e) Ergänzungsverordnung über die Bekämpfung der Obstbaumschädlinge vom 30. Juli 1915 <sup>5)</sup>,
- f) Verordnung über die Beseitigung der Sefi- oder Ephisträucher vom 23. Juli 1915 <sup>6)</sup>,
- g) Regierungsbeschluss über die Bekämpfung des Kartoffelkrebses vom 12. Februar 1932 <sup>7)</sup>,
- h) Verordnung über die Bekämpfung des Bakterienrindenbrandes der Kirschbäume vom 8. Dezember 1966 <sup>8)</sup>,
- i) Verordnung über das Einfangen und Vertilgen von Feldmäusen vom 3. Dezember 1894 <sup>9)</sup>.

---

<sup>1)</sup> AGS Bd. 1 S. 540

<sup>2)</sup> AGS Bd. 1 S. 304

<sup>3)</sup> AGS Bd. 1 S. 547

<sup>4)</sup> AGS Bd. 1 S. 579

<sup>5)</sup> AGS Bd. 2 S. 84

<sup>6)</sup> AGS Bd. 2 S. 82

<sup>7)</sup> AGS Bd. 2 S. 455

<sup>8)</sup> AGS Bd. 6 S. 481

<sup>9)</sup> AGS Bd. 1 S. 333

<sup>3</sup> Die aufgehobenen Vorschriften bleiben auf alle während ihrer Geltungsdauer eingetretenen Tatsachen anwendbar.

Aarau, den 2. Juni 1975

Im Namen des Regierungsrates

Der Landammann  
HUNZIKER

Der Staatsschreiber  
SUTER

*Vom Bundesrat genehmigt am 13. August 1975.*

*Veröffentlichung: 6. September 1975*